

2. Definitionen und zentrale Kernbegriffe

Bei der Gegenüberstellung der Definition und Rezeption der in dieser Fallstudie kontinuierlich verwendeten Begriffe urbaner Raum, soziale Mobilität, »Chinesischer Traum« sowie Social Governance, jeweils aus staatlicher Perspektive und aus einer Perspektive »von unten«, ergeben sich aussagekräftige Kontraste. Trotz der Fokussierung dieser Fallstudie auf Handlungsmacht im Kontext der Konstitutionsprozesse urbanen Raums aus der »Froschperspektive«, stellt sich für diese Prozesse die Frage nach dem größeren Kontext, der die Charaktereigenschaften dieses Raums bedingt. Der chinesische politisch-ökonomische Diskurs um Urbanisierung war und ist mit der Frage nach dem richtigen »Modernisierungs«- beziehungsweise »Transformationsweg« der chinesischen Nation und mit der Suche nach »Wohlstand und Stärke« verbunden (Gransow 2006). Das im Kontext dieser Frage entstehende Spannungsfeld von Vermarktwirtschaftlichung, sozialer Integration und Nationenbildung¹ ist eng mit der Legitimationsstrategie der Kommunistischen Partei Chinas für deren wirtschaftspolitische Entscheidungen und Regierungstätigkeit per se verknüpft. Zhang Zhen (2007) beschreibt die Legitimationsstrategie der Partei, die seit ihrem 14. Parteitag (1992), auf dem eine sozialistische Marktwirtschaft als Ziel von Wirtschaftsreformen festgelegt wurde, gültig ist, wie folgt:

While the central government and the ruling party still uphold socialism (and essentially one party rule) as a window-dressing ideology affirming its legitimacy in the name of continuity and stability, the tides of commercialization and globalization which it helped to bring in and now to accelerate have resulted in widespread privatization and a blatant form of capitalism that voraciously mixes the rawness of industrial capitalism and the slickness of the computer-age postindustrial capitalism thriving alongside residues of socialism. The cities are the most visible and concentrated sites of this drastic and at times violent economic, social, and cultural transformation. (Introduction, 5)

1 Das Verständnis von Nation in dieser Fallstudie beruht auf Benedict Andersons (1983) Konzept einer *Imagined Community*. Für die Verknüpfung von »Nation« und »Modernisierung« im chinesischen Kontext siehe Gransow (2006).

Der urbane Raum Chinas zeigt, wie Zhang postuliert, die konzentrierteste Form sozialen Wandels infolge der Wirtschaftspolitik seit 1992 auf und dient als offizielles Vorzeigegergebnis in Hinsicht auf Modernisierung, Weiterentwicklung und eine erfolgreiche Transformation der chinesischen Nation. Wenn im chinesischen öffentlichen Diskurs von urban gesprochen wird, so ist damit der politisch-administrative Status, das damit einhergehende politisch-ökonomische Prestige und soziale Kapital der Verwaltungsbeamten*innen und der administrativ registrierten Bewohner*innen einer Stadt, der Zugang zu urbanen Ressourcen und die Befähigung zu bestimmten Alltagspraktiken aufgrund dieses Zugangs gemeint. Alle diese Aspekte in ihrer Gesamtheit ermöglichen einen hohen Lebensstandard, der außerhalb des urbanen Raums nicht zu realisieren ist. Diejenigen Bewohner*innen des urbanen Raums, die nicht als urban registriert sind, können sich das politisch-ökonomische Privileg des Urbanen nicht aneignen und sind infolge von einer gleichberechtigten Teilhabe an der Konstitution dieses Raums im Sinne Löws, ausgeschlossen. Die prekär situierten Hochschulabsolvent*innen aus ländlichen Regionen haben oftmals keine urbane Haushaltsregistrierung. Sie leben infolge mit der Diskrepanz, durch ihre Ausbildung und Arbeit zum urbanen Raum und der Aufrechterhaltung besagten Privilegs beizutragen, ohne es jedoch auch für sich nutzen zu können. Die Definition des urbanen Raum Chinas ist daher für die Perspektive dieser Fallstudie immer durch diese Diskrepanz bestimmt. Seit Mitte der 2000er Jahre wurde der chinesische urbane Raum, insbesondere unter Berücksichtigung der Handlungsmacht von Binnenmigrant*innen und deren Erfahrung mit einem informellen Status im urbanen administrativen System, als »umstrittener Raum« diskutiert (Wong und Rigg 2011: 3). Auch Bettina Gransow (2014) stellt fest, dass Chinas urbaner Raum per se hart umkämpft ist. Sie zieht aus den Fallstudien des Sonderhefts der Zeitschrift *China Perspectives* mit dem Titel *Contested Urban Spaces – Whose right to the city?*, das Fazit, dass die Kämpfe um den urbanen Raum von individuellen Interessen geleitet, und ein Ausdruck der Fragmentierung der chinesischen Gesellschaft sind. Die zunehmende Fragmentierung weist auf das Potential zukünftiger Desintegration der chinesischen Gesellschaft hin (6). Für eine Definition des urbanen Raums der VR China im Kontext von Globalisierungsprozessen wird an den theoretischen Ansatz von Aihwa Ong (2011) angeknüpft, den sie in *Worlding Cities: Asian Experiments and the Art of Being Global* entwickelt hat (11-13). Ong plädiert für eine Assemblage von Perspektiven, die Berücksichtigung der lokalen Handlungsmacht von Bürger*innen in Worlding-² und Globalisierungsprozessen³ und die Vermeidung einer einseitigen Fokussierung

2 Unter *Worlding* versteht Ong (2011) Praktiken, die »urbane Standards« etablieren oder »zerbrechen«, und zwar über den Kontext einer Stadt hinausgehend (4).

3 Unter *Globalisierung* verstehe ich für den chinesischen Kontext im Anschluss an Wu (2006) einen Prozess nicht im Sinne einer »Verwestlichung«, und nicht als ausschließliche Folge von

auf ökonomische, marxistische oder postkoloniale Analysen (11-23). Die transnationale Stadtforschung zu Chinas urbanem Raum wird durch die Diskussion über chinesische Landpolitik und die darin wirkenden Machtverhältnisse zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft dominiert. An erster Stelle steht dabei die Frage, wessen Einfluss im Kontext der Öffnungs- und Reformpolitik seit 1978 beziehungsweise abnimmt, und welche Urbanisierungsmodelle sich daran ablesen lassen⁴. Für die Stadtbewohner*innen allgemein, und für die prekär situierten Hochschulabsolvent*innen aus ländlichen Regionen im Besonderen, ist die Frage nach der Bezahlbarkeit von Wohnraum im urbanen Raum existentiell, entscheidet sie doch über die Möglichkeit, sich längerfristig dort niederzulassen. Eine der wichtigsten politischen und ökonomischen Ursachen für die extreme soziale Stratifizierung von urbanem Wohnraum in der Volksrepublik war die Kommerzialisierung von Land (Hsing 2010; McGee et al. 2007: 9-28). Im Jahr 1988 wurde ein Landverwaltungsgesetz⁵ eingeführt, das die Verpachtung von staatlichem Land in den Städten der Volksrepublik für einen begrenzten Zeitraum und eine Gebühr an kommerzielle Nutzer*innen erlaubte, nachdem Land zuvor ausschließlich unentgeltlich den staatlichen Arbeitseinheiten oder anderen staatlichen Institutionen zur Verfügung gestellt wurde. Pachteinnahmen in Höhe von 30 % sollen an die chinesische Zentralregierung abgeführt werden, während 70 % von der lokalen Stadtregierung einbehalten werden können. McGee et al. (2007) gehen davon aus, dass diese 30 % jedoch kaum jemals an die Zentralregierung abgeführt werden, es handle sich also um ein sehr lukratives Geschäft für Lokalregierungen. Sie führen die Stadt Guangzhou als ein Beispiel an, bei der im Jahr 2000 durch den Anschluss von Huadu und Panyu die Fläche der Stadt mehr als verdoppelt werden konnte, und somit auch die Einnahmen durch Landverpachtung (20). Aufgrund der Möglichkeit für die lokalen Regierungen zu niedrigen Preisen ehemaliges Ackerland zu akquirieren, das dann zu hohen Preisen als »urbanes Land« verpachtet wird, spricht Samuel Liang (2014) von »the rent-seeking governance of municipalities« (7). Im Unterschied zu Wu Fulong, der eine zunehmende Ablösung des Staates durch den Markt sieht, geht Liang von einer Kontinuität des starken staatlichen Einflusses auf Stadtplanung aus, in der gleichzeitig diverse Interessen aufeinan-

externen ökonomischen, kulturellen und anderen Einwirkungen, sondern als einen translokalen Prozess, der eng mit Urbanisierungsprozessen verknüpft ist, und an dem lokale Akteur*innen partizipieren (1-18).

- 4 Siehe zu den unterschiedlich eingeordneten Entwicklungen in der chinesischen Landpolitik McGee, Lin, Marton, Wang und Wu (2007); Wu (2016); Wu (2018); Lin (2009); und He und Lin (2015).
- 5 Das Landverwaltungsgesetz wurde 1998 und 2004 revidiert. Die aktuelle Fassung kann unter folgendem Link eingesehen werden: www.npc.gov.cn/englishnpc/Law/2007-12/12/content_1383939.htm, 13.12.2016.

derträfen. Es entstehe, so Liang, ein »cellular urbanism«, den er überzeugend in einer historischen Kontinuität einordnet:

The symbolic function of urban planning and the urban forms of sparse street grid and walled compound have persisted through China's long history, from imperial to postsocialist eras. These long-lasting spatial practices reveal that the rapid urbanization of the last three decades implied certain continuity with the earlier socialist legacy of modernization and urbanization. (41)

Beobachtungen aus der Feldforschung in Guangzhou für diese Arbeit, haben Liangs These bestätigt. In vielen Stadtteilen befinden sich bewachte Gated Communities mit teuren Eigentumswohnungen neben Urban Villages und den von einer halbhohen Mauer umgebenen Wohnblöcken *staatlicher Arbeitseinheiten* (单位 Danwei), die jeweils als eigene »Zelle« bewertet werden können. Liang weist auf die Auseinandersetzungen zwischen der chinesischen Zentralregierung und Lokalregierungen hin, die jeweils versuchen ein Maximum an Profit durch die Verpachtung von Land zu generieren (25-26)⁶. Aus der Perspektive der prekär situierten Hochschulabsolvent*innen aus ländlichen Regionen lässt sich zum chinesischen urbanen Raum statuieren, dass der administrative Status »urban« für sie als Akteur*innen mit ländlicher Registrierung, eine Diskrepanz zwischen ihrem individuellen Status und dem kollektiven Privileg, das mit einer administrativen Zugehörigkeit zum urbanen Raum besteht, erzeugt. Die Urban Villages, Wohnorte der Absolvent*innen im urbanen Raum, mit ihrem administrativ ländlichen Status innerhalb des urbanen Raums, entsprechen demnach den Binnenmigrant*innen ohne städtische Haushaltsregistrierung innerhalb der urbanen Gesellschaft. Es werden administrativ Grenzen zwischen Orten und Personen innerhalb des urbanen Raums gesetzt, die Folgen auf allen gesellschaftlichen Ebenen nach sich ziehen, und an diesen Grenzen entstehen immer auch Friktionen. Diese Friktionen lassen sich beispielsweise anhand von diskursivem Widerstand im Kontext von kultureller Repräsentation nachvollziehen. Mit der Niederlassung im urbanen Raum entsteht für die Hochschulabsolvent*innen aus ländlichen Regionen eine kontinuierliche Auseinandersetzung mit ihrer Selbstwahrnehmung als statuslose Grenzgänger*innen. Sie bewegen sich mühelos zwischen ihrer beengten Unterkunft in Urban Villages und ihren Arbeitsplätzen in den Geschäftsvierteln und Gated Communities der Stadt hin und her, jedoch ohne sich zu einem Ort vollständig zugehörig fühlen, und ihn sich längerfristig aneignen zu können. Ferner müssen sie sich mit Ausschlussmechanismen aufgrund ihrer ländlichen Haushaltsregistrierung, ihres geringen Einkommens und der negativen diskursiven Klassifizierung

6 Weiter sind zur Forschung über die Kommerzialisierung von Land und deren soziale Folgen Logan (2008), Hsing (2010) und McGee et al. (2007) zu nennen.

von außen auseinandersetzen. Diese Auseinandersetzung wird von der allgegenwärtigen Hoffnung auf eine positive Zukunft, die ihnen ausschließlich der urbane Raum als Ausgangsbasis ermöglichen kann, begleitet. Der urbane Raum stellt für prekär situierte Hochschulabsolvent*innen aus ländlichen Regionen gleichzeitig eine Erfahrung des Ausschlusses, der Begrenzung und Marginalisierung sowie des Zukunftspotentials und der großen Hoffnung dar. Es gibt für sie keinen alternativen Lebensraum, denn die Rückkehr in den administrativ ländlichen Raum, in dem sie aufgewachsen sind, würde den Verlust ihrer sozialen Mobilität beziehungsweise des Potentials für vertikale soziale Mobilität und ihres Traums von einem ›guten Leben‹ bedeuten. Das Ausharren in einem Urban Village, einem administrativ ländlichen Raum innerhalb des urbanen Raums, ist für sie ein unvermeidbarer Kompromiss auf dem von ihnen angestrebten Weg zu einer vollwertigen Mitgliedschaft in der urbanen Gesellschaft. Der »Chinesische Traum« eines materiell abgesicherten urbanen Lebens sei größer als individualistische Bestrebungen, schreibt Lian (2014) im *Blauen Buch zur Jugend* (2) und knüpft damit an das Regierungsprojekt des kollektiven Aufbaus einer wirtschaftsstarken chinesischen Nation an. Die *Wendpunktgeneration*, wie Lian die neue Generation junger Binnenmigrant*innen im Kontext der rasanten wirtschaftlichen Entwicklung Chinas, nennt, ist nach wie vor weit davon entfernt in den regierungsunmittelbaren Städten und Städten ersten Ranges fair bezahlt sowie räumlich und sozial gleichwertig mit der städtischen Jugend positioniert zu sein. Ihre Lebensrealität ist weit von ihrem Lebenstraum entfernt. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie ein ›gutes Leben‹ aus der Perspektive von Hochschulabsolvent*innen aus ländlichen Regionen im urbanen Raum im Kontrast zum offiziell propagierten »Chinesischen Traum« definiert werden könnte. Diese Frage lässt sich zwischen lokal verankerten normativen Konzepten, universellen und individuellen Grundbedürfnissen, materiellen und symbolischen Aspekten von Lebensqualität im Alltag verorten. In Yuans, Zhangs und Jiangs (2015) *Chinese Urban Resident Quality of Life Investigative Report 2012*, der auf einer Befragung seit 1993 in zehn Großstädten Chinas beruht, wird die Schlussfolgerung gezogen, dass die Zufriedenheit von Stadtbewohner*innen graduell zugenommen habe, trotz hohen ökonomischen Drucks⁷, trotz Angst um die Altersversorgung und des Bewusstseins über die zunehmende Schere zwischen Arm und Reich (118). Im Jahr 2012 befanden jedoch nur 5,4 % der Befragten, dass diejenigen, die reich seien, ihren Reichtum auch verdienten, was auf das Vorkommen des Gefühls relativer Deprivation und ein Bewusstsein für Korruption und soziale Ungerechtigkeit verweist (119).⁸ Martha C. Nussbaum (1988[1999]; 2011) entwirft ein Modell eines

7 Beispielsweise steigende Lebenshaltungskosten, Ausbildungskosten der Kinder, Immobilien- und Medikamentenpreise.

8 Siehe auch Chen, Davis, Wu und Dai (2015), die auf den Zusammenhang zwischen der Größe einer Stadt und dem Zufriedenheitsgrad der Bevölkerung in der VR China verweisen.

›guten Lebens‹, indem sie über die Befriedigung der materiellen Bedürfnisse einer Person hinausgehend die Anerkennung ihrer Fähigkeiten anführt. Dieser Aspekt ist für die Diskussion über *Yizu* und deren Definition eines ›guten Lebens‹ hilfreich, da sie auf die große Diskrepanz zwischen ihrer neu erworbenen Bildung, die ihnen symbolisch eine bestimmte soziale Positionierung verspricht, und ihren prekären Lebensverhältnissen, die als ein Ausdruck des Mangels der Anerkennung ihrer Fähigkeiten gelesen werden können, verweist. Oliver Marcharts (2013a) kritisches Konzept der Prekarisierungsgesellschaft wirft die Frage auf, wann und aus welchen Gründen in post-post-fordistischen Gesellschaften wirtschaftspolitische Deregulierungspraktiken und einhergehend prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse begonnen haben, als Norm akzeptiert zu werden. Diese Frage ist für den Kontext dieser Fallstudie grundlegend relevant. In der VR China sind aus Mangel an Implementierung von Arbeitsrechten, aufgrund der Existenz von rechtlichen Grauzonen, Profitgier und Korruption sowie einer großen Anzahl von nicht registrierten Kleinstunternehmen, informelle Arbeitsverhältnisse für große Teile der Bevölkerung »inoffiziell« Normalität. Gleichzeitig sind sie jedoch keine offiziell akzeptierte Norm (Braun 2011). Der offizielle Diskurs verspricht für die Zukunft mehr reguläre Arbeitsverhältnisse, auch für Binnenmigrant*innen, und verweist auf die Notwendigkeit der Implementierung von Arbeitsgesetzen, wenn auch an erster Stelle im Kontext von potentiellen Steuergewinnen und der Vermeidung von Arbeitsprotesten. Der Staat verspricht seinen Bürger*innen ein ›gutes Leben‹, für das zunächst das Leben in prekären Verhältnissen ausgehalten werden müsse. Die Absolvent*innen aus ländlichen Regionen, wenn in prekären Arbeitsverhältnissen situiert, orientieren sich bei ihrem Wunsch nach einem ›guten Leben‹ mehrheitlich am offiziellen Diskurs, der reguläre Arbeitsverhältnisse als Selbstverständlichkeit eines ›guten Lebens‹ propagiert. Elisabeth Engebretsen (2013) zitiert in ihrem Kurzforschungsbericht zu *Yizu*, der auf einem Interview mit einem Frauenpaar, der Analyse eines Videoclips und eines Dokumentarfilms, beruht, Anne Allison's Definition von sozialer Prekarität. Sie versteht sie als »biopolitics of life from below, constituting new zones of (post post-Fordist) social possibility« (64). Engebretsen sieht in Anlehnung an Allison für *Yizu* »a tentative emergence of new social prospects« (ibid). In einigen Fällen eröffnen prekäre Verhältnisse neue Perspektiven und lassen neue Netzwerke und urbane Orte entstehen, beispielsweise in Hinsicht auf Kunsthochschulabsolvent*innen. In anderen Fällen besteht die Gefahr der Romantisierung unfreiwillig prekärer Verhältnisse. Über das Thema Arbeit hinausgehend, existieren normative Konzepte zu spezifischen Phasen eines ›guten Lebens‹ in der VR China, die sich durch das untersuchte Material zu den *Yizu* hindurchziehen und deren Wirkung nicht zu unterschätzen ist. Diese oftmals geschlechtsspezifischen Normen, beispielsweise zum richtigen Alter für den Studienabschluss, die Heirat, den Wohnungskauf und das Kindergebären, werden aus Wissen aus dem kollektiven ›Archiv‹ neokonfuzianischer Werte, agrargesellschaft-

licher Bräuche, sozialistischer Ideen und Verwaltungspraktiken sowie aus politischen und kommerziellen Werbekampagnen gespeist und insbesondere medial reproduziert. Für den Kontext dieser Fallstudie spielen für die Definition eines ›guten Lebens‹ aus der Perspektive von prekär situierten Hochschulabsolvent*innen aus ländlichen Regionen folgende Aspekte eine Rolle: relative Deprivation, die durch mangelnde Kaufkraft im durch Konsum bestimmten Alltag im urbanen Raum erzeugt wird; der offizielle Diskurs, der reguläre Arbeitsverhältnisse und das ›gute Leben‹ als Norm deklariert und die Hoffnung erzeugt, dass zukünftig eine normative Situation eintreten wird; der individuelle Umgang mit Normen und Selbstregierungspraktiken, der zur Schaffung von Freiräumen, Resilienz und Widerstand, oder zu einem Mangel an Selbstwertgefühl führen kann, sowie die Bewertung der Einhaltung von Normen bzw. von Normabweichungen durch das soziale Umfeld. Das Potential, beim Versuch den »Chinesischen Traum« eines ›guten Lebens‹ im urbanen Raum zu verwirklichen, zu scheitern, besteht angesichts einer großen Anzahl von Unsicherheitsfaktoren⁹ kontinuierlich und wird durch die strukturelle Chancengleichheit für Hochschulabsolvent*innen aus ländlichen Regionen um ein Vielfaches erhöht. Vor der Darstellung der wichtigsten Aspekte vertikaler sozialer Mobilität aus der Perspektive von prekär situierten Hochschulabsolvent*innen aus ländlichen Regionen im urbanen Raum wird zunächst der vom chinesischen Staat gesetzte diskursive Rahmen zur sozialen Mobilität von Binnenmigrant*innen im urbanen Raum der VR China erläutert. Für diese Konzeptualisierung wird folgende Definition sozialer Mobilität als Grundlage genommen:

Die [soziale] Mobilität kann den Transfer von einer sozialen Klasse in eine andere soziale Klasse, oder innerhalb derselben sozialen Klasse auf der beruflichen Ebene oder in Bezug auf den allgemeinen sozialen Aktivitätsraum einer Person bedeuten. [Soziale Mobilität] ist eine Form der Veränderung sozialer Strukturen, die nicht nur Auswirkung auf das Individuum, sondern auf die gesamte Produktion sozialer Strukturen hat. Sie ist ein Prozess des quantitativen Wandels. Der Effektivitätsgrad der Mobilität, der Umfang, die Geschwindigkeit, sie beeinflussen die Qualität der sozialen Strukturen, und die Art wie sich Gesellschaft voran bewegt, sie spiegeln den Offenheitsgrad einer Gesellschaft wider. Von der Richtung der Mobilität ausgehend können folgende Differenzierungen vorgenommen werden: sie kann horizontal [...] verlaufen, und die gesellschaftliche Position kann verändert oder nicht verändert werden; sie kann vertikal sein [...], und die Verände-

9 Aufgrund der schlechteren finanziellen Abdeckung der medizinischen Versorgung durch die Krankenversicherung, auch von regulär im urbanen Raum Versicherten, besteht beispielsweise im Vergleich zu Deutschland in der VR China ein größeres Risiko aufgrund von Krankheit seine Arbeitsstelle zu verlieren oder sich infolge von hohen medizinischen Behandlungskosten zu verschulden bzw. zu verarmen.

rung der sozialen Position kann zu einer Aufwärts- oder auch Abwärtsbewegung führen. (Deng 2009: 21)

Die soziale Gruppe der prekär situierten Hochschulabsolvent*innen aus ländlichen Regionen findet bisher kaum Erwähnung in der Literatur zur chinesischen urbanen Mittelschicht¹⁰, zu denen sie aufgrund ihrer neu erworbenen Bildung und ihres Habitus symbolisch gehören sollte, jedoch aufgrund von Chancenungleichheit und niedrigem Einkommen nicht gehört. Hier wird demnach von ihrem erzwungenen Status als »Binnenmigrant*innen« oder »Statuslose« für die Definition sozialer Mobilität ausgegangen. Es erscheint sinnvoll, an dieser Stelle auf die Zäsur hinsichtlich sozialer Mobilität in der neuesten chinesischen Geschichte zu verweisen, um die Besonderheit des Phänomens *Yizu* im Kontext von Zeitlichkeit und gesellschaftlichem Wandel hervorzuheben. Während der chinesischen Bürgerkriege (1927-1949) und des Zweiten Weltkriegs, der aus chinesischer Perspektive mit dem Zweiten Sino-Japanischen Krieg 1937 begann, war soziale Aufwärtsmobilität aufgrund des Einflusses des Kriegsgeschehens auf alle gesellschaftlichen Bereiche, nur für sehr spezifische Interessensgruppen aus Politik und Wirtschaft möglich¹¹. Von der Gründung der Volksrepublik 1949 bis zum Beginn der Reform- und Öffnungspolitik 1978 existierte ein politisch motivierter Fokus auf dem Aufbau der Arbeiter*innen- und Bäuer*innenklasse und ein selbstinitiiertem Wechsel von einer Klasse in eine andere, sowie die Formierung einer breiteren urbanen Mittelschicht, war nicht vorgesehen (Lu et al. 2005: 15). Vor dieser Phase der Stagnation war soziale Mobilität in den zwanziger und dreißiger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts im urbanen Raum, beispielsweise in dem Shanghais, jedoch bereits möglich und wurde auch öffentlich im Kontext von Bildung und Chancenungleichheit diskutiert (Yeh 2007). Gegen Ende der 1990er Jahre wurde soziale Mobilität insbesondere im Kontext der ländlichen Bildungsreformen, neuer Möglichkeiten zur Binnenmigration und individueller wirtschaftlicher Aktivitäten erneut möglich. Die Handlungsmacht von Binnenmigrant*innen fand dabei in der Forschung zunehmend Berücksichtigung (Li 1997). Weitere Themen, die im Kontext mit der sozialen Mobilität von Binnenmigrant*innen diskutiert werden, sind Bildung (Peng 2007), Geschlechterverhältnisse (Wallis 2013; Gaetano 2015), Arbeitsmigration (Han, Huang

10 Die chinesische Mittelschicht, ist ein breites Forschungsfeld. Zu den Themen, die mit der Entstehung dieser Schicht assoziiert werden, gehören Konsum (Davis 2005), Gated Communities (Pow 2009; Fleischer 2010), die Organisierung von Haus- und Wohnungsbesitzer*innen und »Not in my back-yard« (NIMBY)-Proteste (Wu und Dai 2014), politische Meinungs- und Identitätsbildung (Chen und Goodman 2013), potentielles Interesse an demokratischer Partizipation und gesellschaftlicher Transformation (Tomba 2009; Wei 2007; Sun 2007; Ren 2012) sowie soziale Netzwerke und deren Funktion (Zhang 2006; Bian 2005).

11 Siehe beispielsweise Mitter (2000) zur Kollaboration chinesischer Wirtschaftseliten mit der japanischen Kolonialverwaltung.

und Han 2011), die Gründung von Kleinunternehmen (Huang 2017), Konsum- und Freizeitverhalten (Wei 2014), geografische Aspekte (Song 2016), psychologische Aspekte (Huang et al. 2017; Li 2016) sowie die Ungleichstellung der *Post-80er-* und *Post-90er-Generation* von Binnenmigrant*innen im urbanen Raum (Gu 2016; Guo 2012; Lee 2010). Die Positionierung dieser sozialen Gruppe in der symbolischen Ordnung des urbanen Raums lässt sich vor dem Hintergrund der durch die Wirtschaftsreformen seit 1978 induzierten Stratifizierungsprozesse und deren staatlicher Legitimation einordnen. Gleichzeitig sollte Migration als Faktor, der Stratifizierung in unvorhersehbarer Art und Weise mit beeinflussen kann, beachtet werden. Li Chunling (2012) schreibt über den Zusammenhang von Migration, sozialer Mobilität und Chancengleichheit in der VR China:

[T]he rural-urban immigrant movements have accompanied changes in people's social status, and changes in the social stratification arrangement have transformed the original social mobility patterns. This, then, has created new opportunities for upward social mobility and at the same time produced new social obstacles excluding some people from channels of status promotion. (217)

Li verweist dabei auf die Zweischneidigkeit der Situation. Es bestehen Chancen zu sozialer Mobilität bei gleichzeitiger struktureller Beeinträchtigung von Binnenmigrant*innen aus ländlichen Regionen. Diese Zweischneidigkeit betrifft auch die prekär situierten Hochschulabsolvent*innen aus ländlichen Regionen im urbanen Raum. Eine Forschungsgruppe zu sozialen Strukturen an der Chinese Academy of Social Sciences in Beijing, zu der neben Li auch Lu Xueyi (1933–2013) und Wang Chunguang gehörten, hat den Band *Social Mobility in Contemporary China* herausgegeben, der einen Überblick zu dem Thema von 1949 bis 2002 bietet (Lu et al. 2004)¹². Dieser Band wurde bisher durch keine aktuellere Publikation seitens der Akademie zu diesem Thema abgelöst. Es scheint, dass der Begriff *soziale Integration* den Begriff *soziale Mobilität* inzwischen abgelöst hat¹³, da er ein geringeres Kritikpotential hat. Bei *sozialer Integration* liegt der Fokus auf der Forderung, sich an bestehende Gegebenheiten anzupassen und nicht auf dem symbolischen Recht der Binnenmigrant*innen auf die Veränderung bestehender Chancengleichheit (Peng und Gao 2017; Xiao und Xu 2018). Aufgrund seines Potentials für die Darstellung von Kritik, wird hier jedoch weiterhin mit dem Begriff der *sozialen Mobilität* gearbeitet. Die damalige Prognose der Forscher*innengruppe über die Entwicklung der chinesischen Gesellschaft hin zu einer »offenen Gesellschaft« erscheint weiterhin gültig. »Offen« wurde im Sinne der Existenz von Möglichkeiten für soziale vertikale Mobilität verstanden, wie sie in einer Wirtschaft, in der zunehmend mehr High-Tech,

12 Im Jahr 2005 erschien der Band auch auf Englisch (Lu et al. 2005).

13 Siehe Chen Pengs (2018) Darstellung der Einbettung des Begriffs *soziale Integration* in das aktuelle Social-Governance-Konzept der KP Chinas (21).

Verwaltungs- und Dienstleistungsberufe benötigt werden und die Anzahl der im Agrarsektor Beschäftigten sinkt, entstehen (Lu et al. 2005: 130-175). »Offenheit«, wie sie im Sinne von Meinungsfreiheit und der Möglichkeit demokratischer Wahlen verstanden wird, wurde den politischen Rahmenbedingungen der Volksrepublik entsprechend ausgeblendet. Die wichtigsten Hintergrundprozesse bei der Entwicklung zu einer »offenen Gesellschaft« seien die Transformation von einer traditionellen Agrargesellschaft hin zu einer modernen Industriegesellschaft und von einer Planwirtschaft zu einer »sozialistischen Marktwirtschaft mit chinesischen Charakteristiken« (Lu et al. 2005: 314). Urbanisierung sei innerhalb der ökonomischen Transformation des Landes einer der wichtigsten Faktoren für die Erweiterung der Kanäle für soziale Mobilität, und Binnenmigrant*innen zählten dabei zu den wichtigsten Akteur*innen (Lu 2004: 18-19). Die ideale Form gesellschaftlicher Stratifikation entspräche dem Abbild einer Olive, mit einer breiten Mittelschicht und einer kleinen reichen und kleinen armen Schicht; eine negative Form wäre die einer Zwiebel, mit einer breiten armen und einer kleinen reichen Schicht (Lu et al. 2005: 21). Diese sinnbildliche Idee wurde über den wissenschaftlichen Kontext hinaus referiert. Sie spielt auch in Hinsicht auf prekär situierte Hochschulabsolvent*innen aus ländlichen Regionen indirekt eine Rolle. Sie sollen als Symbol der Hoffnung für die erfolgreiche Transformation zu einer Wissens- und Informationsindustrie sowie für das Potential der Entstehung einer breiteren urbanen Mittelschicht in der VR China, fungieren. Als analytischen Rahmen für soziale Mobilität in der Volksrepublik nennt die Forscher*innengruppe Prozesse der Industrialisierung, der Vermarktwirtschaftlichung sowie der Urbanisierung und spricht von Einflüssen des politischen, ökonomischen und sozialen Systems, die auf das Erreichen des sozialen Status einer Person in der VR China einwirken. Von der Mikroebene ausgehend, wirken ihrer Ansicht nach sowohl der Leistungsfaktor als auch der Zuschreibungsfaktor, die jeweils auch von der Makroebene abhängig sind, auf den sozialen Status einer Person und deren Potential für sozialen Aufstieg. Der Leistungsfaktor spiele seit dem Beginn der Reform- und Öffnungspolitik (1978) zunehmend eine Rolle; insbesondere für die Binnenmigrant*innen seien jedoch ihr Geburtsort und die ländliche Haushaltsregistrierung nach wie vor bedeutend (Lu et al. 2005: 230). Daraus lässt sich auch für die Hochschulabsolvent*innen aus ländlichen Regionen schließen, dass – solange das duale Haushaltsregistrierungssystem nicht abgeschafft und dem Leistungsfaktor auch bei Binnenmigrant*innen nicht adäquat Anerkennung zugesprochen wird – für sie von einem starken institutionalisierten Ausbremsen von Aufwärtsmobilität ausgegangen werden muss. Ferner wird dem sozialen Kapital eine wichtige Rolle zugeordnet (Lu et al. 2005: 57) und ohne eine konsequente Prävention von Korruption und Vetternwirtschaft bei der Arbeitsplatzvergabe im urbanen Raum, wird auch keine Chancengleichheit herbeigeführt werden können. Die Absolvent*innen, die sich im Fokus dieser Studie befinden, haben ein Verständnis von vertikaler Mobilität, das durch Positivität,

Zeitlichkeit und den Glauben an ein symbolisches Versprechen durch Staat und Gesellschaft geprägt ist. Gleichzeitig wird dieses Verständnis durch Angst vor sozialer Immobilität, Besorgnis über einen Mangel an intergenerationaler Mobilität und die Gefahr des sozialen Abstiegs im Vergleich zum vorherigen Studierenden-Status beeinflusst. Aufgrund der prekären Situierung besagter Hochschulabsolvent*innen und der großen Diskrepanz zwischen ihren symbolischen Ansprüchen und der materiellen Wirklichkeit ihres Lebensalltags bestimmt die Fokussierung auf eine positive Zukunft in herausragendem Maße ihre Auseinandersetzung mit dem Thema. Günther Weidenhaus (2015) geht beispielsweise in seiner Monografie *Soziale Raumzeit* für den deutschen Kontext davon aus, dass infolge der Beschleunigung des Rhythmus von Produktion und Konsumtion den Menschen die »Zukunft abhandengekommen ist«. Es gäbe keine großen zukunftsorientierten Metaerzählungen und Utopien, wie beispielsweise die eines »Wohlstands für alle«, mehr (10). Im Vergleich zum deutschen Kontext lässt sich für den Rahmen dieser Fallstudie betonen, dass ein öffentlich-mediales Herrschaftsnarrativ über ein »gutes Leben« durch einen »kontinuierlichen wirtschaftlichen Fortschritt der chinesischen Nation« in der Volksrepublik, weiterhin existiert. Durch dieses Herrschaftsnarrativ wird die einfache Gleichung aufgestellt, dass dieser Fortschritt fraglos auch den sozialen Aufstieg aller Individuen – früher oder später – bedeutet. Abschließend seien diejenigen Aspekte genannt, die sich ergänzend aus der Auswertung der chinesischen Primärquellen und der Interviews mit Hochschulabsolvent*innen in Guangzhou als Indikatoren für vertikale soziale Mobilität von prekär situierten Hochschulabsolvent*innen aus ländlichen Regionen im urbanen Raum ergeben: erstens das Potential zum Aufstieg auf der intergenerationellen Ebene, das durch einen höheren Ausbildungsgrad und infolgedessen ein höheres kulturelles und soziales Kapital im Vergleich zu ihren Eltern gegeben ist; zweitens ein Aufstieg auf der ökonomischen Ebene, der sich aus einer urbanen White Collar-Arbeitsstelle mit einem Monatsgehalt von über 2.500 RMB, der Summe, die Arbeitsmigrant*innen monatlich in der Produktionsarbeit in Fabriken inklusive Überstunden verdienen, ergibt; drittens ein Aufstieg auf der administrativ-räumlichen Ebene, der eine langfristige Niederlassung im urbanen Raum basierend auf einer städtischen Haushaltsregistrierung und Sozialversicherung beinhaltet; und viertens ein Aufstieg innerhalb der symbolischen Ordnung der chinesischen Gesellschaft über eine offiziell anerkannte Mitgliedschaft in der urbanen Mittelschicht, materiell und symbolisch. Ein zentraler Aspekt im Kontext von sozialer Mobilität ist die Frage, welche Konsequenzen für die chinesische Gesellschaft und deren Stabilität entstehen, wenn zunehmend relevanten sozialen Gruppen im urbanen Raum ein sozialer Aufstieg verwehrt bleibt beziehungsweise diese sogar einen sozialen Abstieg erleben. Die chinesische Zentralregierung beschäftigt sich seit vier Jahrzehnten mit dieser Frage und entwickelt kontinuierlich neue Strategien zur effektiven Regierbarkeit der chinesischen Bevölkerung. Aufgrund der Funktionalisierung des Phänomen *Yizu*

für Social Governance-Strategien der Zentralregierung ist eine Definition von Social Governance notwendig, um diese Funktionalisierung beschreiben und einordnen zu können. Diese Fallstudie schließt an Jude Howells (2004) Definition von Governance an. Sie (2004) geht von Governance »as the totality of processes and arrangements, both formal and informal, by which power and public authority are distributed and regulated«⁽²⁾ aus. Um die weitreichende soziale und politische Tragweite von Social Governance in der VR China aufzuzeigen, erfolgt an dieser Stelle ein kurzer Überblick zur offiziellen Definition. Seitens der Kommunistischen Partei Chinas wurde sie seit dem Beginn der Reform- und Öffnungspolitik 1978, einhergehend mit den darauffolgenden Reformphasen, jeweils wieder an die neue politisch-ideologische Ausrichtung der Partei und deren Begrifflichkeiten angepasst. Chen Peng (2018) teilt in einem Rückblick über vier Jahrzehnte die Transformation des Konzepts in folgende Phasen ein: *soziale Kontrolle* (社会管控 shehui guangkong) (1978-1992), *soziales Management* (社会经营 shehui jingying) (1992-2002), *soziale Verwaltung* (社会管理 shehui guanli) (2002-2012) und das seit dem 18. Parteitag (2012) gültige Konzept der *Social Governance* (社会治理 shehui zhili) (12-15). Chen zählt folgende offizielle Errungenschaften von Social Governance in der VR China auf: den Ausbau von Rechtsstaatlichkeit und öffentlicher Sicherheit, die Möglichkeit zu sozialer Mobilität sowie die Erhöhung der Stellung der chinesischen Nation in der internationalen Gemeinschaft durch die Ausrichtung transnationaler Großereignisse in den Bereichen Sport und Wirtschaft. Die Bevölkerung Chinas sei nicht nur stark gewachsen, sondern es habe sich auch »deren soziale Qualität«¹⁴ erhöht. Chen verweist in diesem Kontext auf Bildungsreformen, den Anstieg des Prokopfeinkommens, den Ausbau des Sozial- und Wohlfahrtssystems, die Erhöhung des Lebensstandards und die Bedeutung von Armutsbekämpfung und Sozialpolitik als Gegengewicht zur Wirtschaftspolitik. Die Autonomie und Subjektivität der Gesellschaft verstärkte sich und bilde eine wichtige Innovation für die Basis von Social Governance. Es gehe dabei um den Wechsel von Verwaltung durch Parteiorganisationen hin zu Selbstverwaltungsstrukturen, beispielsweise von Dorfbewohner*innen, Wohnungsbesitzer*innen, und beruflichen Branchenverbänden. Der Umgang mit lokalen »Communities« habe sich diversifiziert, verrechtlicht, verwissenschaftlicht, und demokratisiert. Weiter sei die Vereinigung von Stadt und Land, die Transformation zu einem einheitlichen System, ein wichtiger Aspekt. Die kontinuierliche Anpassung und Vertiefung der Beziehung zwischen Staat, Markt und Gesellschaft habe dazu geführt, dass das »Danwei-System«¹⁵ in Hinsicht auf Social Governance von einem »Projektsystem« abgelöst worden sei. Dieses habe als

14 Hiermit ist ein Bildungsanstieg per se und ein höheres Wissen in Hinsicht auf soziale Normen und Kultur gemeint.

15 Siehe Xie et al. (2009) zum Danwei-System, zu sozialer Ungleichheit und zu sozialem Wandel.

Grundlage die Implementierung von Projekten zur Sicherung der Lebensgrundlage der Menschen und die Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen (16-18). Aus dem Wechsel von Steuerung und Kontrolle durch Parteiinstitutionen zur Förderung von Selbstregierungstechniken lässt sich schließen, dass die Zentralregierung bereits auf die Folgen sozialen Wandels mit einer Anpassung ihrer Strategien reagiert hat. Es sind vor allem Studien zu Regierungsprojekten auf der lokalen Stadtteil- und Community-Ebene erschienen, in denen Social Governance durch sogenannte innovative Sozialarbeit¹⁶ von »oben« vorangetrieben werden soll¹⁷. Patricia Thornton (2017) sieht staatliche Maßnahmen auf der Stadtteilebene und in lokalen Communities im Kontext der Bestrebungen der Regierung Unruhen infolge sozialer Unzufriedenheit sozial prekär situierter Gruppen abzuwenden beziehungsweise zumindest einzudämmen (259). Seit seiner graduellen Ausweitung ab 2014¹⁸ wird öffentlich vor allem Chinas *soziales Bonitätssystem* (社会信用体系 shehui xinyong tixi)¹⁹ als neue und effektive Social-Governance-Praxis der technikaffinen chinesischen Regierung – zentral und lokal²⁰ – diskutiert, da dieses sowohl als Kontrolle von »oben« als auch im Kontext von Selbstregierungstechniken und Selbstzensur als wirkungsmächtig angesehen wird. Im Rahmen dieser Fallstudie wird dieses System jedoch nicht berücksichtigt, da es als Kontrollpraxis für den zeitlichen Fokus und die untersuchte Gruppe nicht relevant war. Es wirken jedoch von »oben« induzierte Selbstregierungstechniken anderer Art. Direkte und indirekte Formen von Regierungspraktiken sind inzwischen nicht mehr voneinander zu trennen²¹. Social-Governance-Strategien der chinesischen Zentralregierung werden gezielt auf die ländliche Bevölkerung, ethnische und andere soziale Minderheiten, Binnenmigrant*innen und junge Arbeitnehmer*innen und Arbeitslose, ausgerichtet. Dies sind alle soziale Gruppen, denen ein Potential für politische Organisation und das Verursachen sozialer Unruhe zugeschrieben wird. Dabei

16 Siehe Tang (2016) zum Begriff der *Innovation* im offiziellen Social Governance-Konzept.

17 Siehe Fallstudien zu Regierungsprojekten von Huhe, Chen und Tang (2015); und Hu, Wu und Feng (2018).

18 2019 wurde beispielsweise die Reisefreiheit von diskreditierten Bürger*innen eingeschränkt: <https://www.theguardian.com/world/2019/mar/01/china-bans-23m-discredited-citizens-from-buying-travel-tickets-social-credit-system>, 12.06.2019.

19 Es gibt unterschiedliche Einschätzungen über die soziale Akzeptanz des Systems in China. Kostka (2018) kommt zu einer relativ positiven Einschätzung, die bei einer differenzierteren Befragung vermutlich auch anders ausfallen könnte.

20 Siehe Beispiele für die Umsetzung des Systems in einem »Modelldorf«: <https://www.scmp.com/news/china/politics/article/2185303/hi-tech-dystopia-or-low-key-incentive-scheme-complex-reality>, 12.06.2019.

21 Die Zunahme der Wirkmächtigkeit von Selbstregierungstechniken ist nicht nur in der VR China zu beobachten und wird auch unter dem Begriff der *Governmentality* untersucht, siehe Pieper und Gutierrez Rodriguez (2003), zu Anwendungsfeldern dieses theoretischen Ansatzes in den Sozialwissenschaften.

spielt die historisch widersprüchliche, diskursive, und damit einhergehende symbolische Degradierung der Arbeiter*innen von Held*innen zu »Ameisen«, »Statuslosen«, und »Sozialschwachen«, eine Rolle für die Social-Governance-Strategien zur Unterbindung sozialer Unruhen in der VR China spezifisch für diese soziale Gruppen (Thornton 2017; Blecher 2016). Prekär situierte Hochschulabsolvent*innen aus ländlichen Regionen im urbanen Raum spielen in Hinsicht auf folgende Aspekte eine wichtige Rolle für Social Governance: Sie werden als Symbol der Hoffnung auf sozialen Aufstieg im urbanen Raum vor dem Hintergrund der Wirtschaftspolitik eingesetzt; sie werden überdies als potentielle Bedrohung der sozialen Stabilität eingestuft und dementsprechend auf der lokalen und zentralen Ebene mitberücksichtigt. Anhand der Mediatisierung des Alltags eröffnet sich ein neues Feld zur Verhandlung der Wirkmächtigkeit von Social Governance auch aus marginalisierten Positionen im urbanen Raum. Selbstregierungstechniken ersetzen bei den prekär situierten Hochschulabsolvent*innen aus ländlichen Regionen der *Post-80er-Generation* angesichts des Mangels an Zugehörigkeit sowie infolge von Individualisierungsprozessen zunehmend die durch die Regierung direkt eingesetzten Akteur*innen wie Parteifunktionär*innen in Institutionen wie Arbeitseinheiten und Einwohner*innen-Komitees auf der Stadtteilebene. Bisher haben die Social Governance-Strategien der chinesischen Regierung ausreichend auf prekär situierte Hochschulabsolvent*innen aus ländlichen Regionen im urbanen Raum eingewirkt. Ob sie jedoch zukünftig Schulterschlüsse zwischen prekär situierten Mitgliedern unterschiedlichster sozialer Gruppen verhindern werden, lässt sich kaum vorhersagen.